

Mahnwache in Lauscha

# „Wenn wir schließen, dann sind nur noch Amazon & Co übrig“

Thomas Schwämmlein, 21.03.2021 - 16:31 Uhr



Etwa 50 Selbstständige, Inhaber von Gaststätten, Einzelhändler und Touristiker aus der Rennsteigregion versammeln sich auf dem Parkplatz an der Farbglashütte in Lauscha, um auf die Bedrohung ihrer Existenz aufmerksam zu machen. Foto: /teffen Ittig

**Zur fünften Mahnwache der Gewerbetreibenden der Rennsteigregion am Samstag in Lauscha forderten Politiker und Kammervertreter die Selbstständigen auf, ihre Rechte auch juristisch einzufordern.**

Lauscha - „Vor drei Wochen war ich noch optimistisch zu Ihnen gekommen“, betonte Ralf Pieterwas. Der Hauptgeschäftsführer der Südthüringer Industrie- und Handelskammer (IHK) räumte am Samstagmittag auf dem Parkplatz der Lauschaer Farbglashütte ein, seinen Optimismus inzwischen verloren zu haben. Etwa 50 Einzelhändler, Touristiker, Gastronomen und andere Unternehmen, darunter auch eines aus Zella-Mehlis, hatten sich wiederum vor der Farbglashütte versammelt, um auf ihre schwierige Lage nach mehrmonatigen Lockdown aufmerksam zu machen. Leere Einkaufskörbe mit den Namen von lokalen Unternehmen zeigten auf, wo derzeit Stühle und Verkaufsräume leer bleiben. Positive Nachrichten hatten derweil am Wochenende weder Kammervertreter noch Politiker parat. Am Ende gab es lediglich den Rat, den Klageweg zu beschreiten.

### Kritik an Erfurt

Temperaturen nahe am Nullpunkt kamen der Stimmung bei der mittlerweile fünfte Mahnwache der Gewerbetreibenden aus der Rennsteigregion sehr nahe. Hatte der IHK-Hauptgeschäftsführer beim letzten Treffen noch die Chancen für Öffnungen gesehen, so mochte er am Samstag seine Enttäuschung von der Landespolitik nicht mehr verbergen. Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke), noch vor einigen Wochen ein Vorkämpfer für Stufenpläne, sei auf einen „harten Lockdownkurs“ zurückgefallen. Und dass sich im April etwas an den Inzidenzwerten ändern werde, sei nicht absehbar.

Die alleinige Orientierung an Inzidenzwerten wiederum zogen sowohl Landtagsmitglied Henry Worm (CDU) wie Bundestagsabgeordneter Gerald Ullrich (FDP) in Zweifel. Der Liberale räumte ein, selbst an sich und anderen Fraktionskollegen erlebt zu haben, dass Corona keine leicht zu nehmende Krankheit sei.

Derweil hätten sich die Entscheidungen vom Parlament weg zu Bundes- und Landesregierungen verlagert. Vor allem aber vermisse er, dass die Politik differenziere. In der Berliner S-Bahn herrsche Gedränge, während die Gastronomie nicht öffnen dürfe, kritisierte Ullrich. Deutlich wurde Unionspolitiker Worm: „Wenn wir uns weiter alleine an die Inzidenzzahlen halten, dann wird sich nichts ändern.“

Eigentlich hätte er, so Worm, dass an seiner Stelle auf dem Parkplatz Vertreter der Regierungskoalition stehen würden. Dass hier von Woche zu Woche Mittelständler, deren Existenz bedroht sei, stünden und von Erfurt niemand sich blicken lasse, mache ihn betroffen. Derweil mangle es nicht an Initiativen aus der Region, wie das Modellprojekt, auf die seitens der Landesregierung alleine mit einem „Verhinderungspapier“ reagiert werde. Auch seitens seiner Partei habe man mit einem Antrag zur Unterstützung des Tourismus reagiert, aber dafür brauche es auch Mehrheiten im Parlament.

Kammervertreter Pieterwas machte derweil unterschiedliche Sichtweisen auf der Regierungsbank deutlich. Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) wöhnt er auf der Seite der Unternehmen, allerdings würden am Ende alle Vorstöße vom Gesundheitsministerium kassiert. „Die Regierung stellt Gesundheit über alles“, hatte derweil auch Oppositionspolitiker Worm bemerkt, der sich eine differenziertere Abwägung bei den Entscheidungen wünscht.

Indessen waren die von den Gästen auf dem Farbglashüttenparkplatz aufgezeigten Spielräume für die Selbstständigen sehr schmal. Eher motivierend kamen hier die Worte des Liberalen Ullrich rüber. Sie sollten sich nicht um Hilfe oder Unterstützung bemühen, den „Hilfe“ sei das falsche Wort. „Das, was wir brauchen, das sind Entschädigungen“, sagte der Bundespolitiker. Hier trete der Unternehmer nicht als Bittsteller an, sondern er müsse einfordern, was ihm zustehe, wenn die Politik ihn seine unternehmerische Tätigkeit verwehre.

Dem pflichtete auch IHK-Hauptgeschäftsführer Pieterwas zu: „Holen Sie sich jeden Euro, den sie kriegen können.“ Indessen fiel sein zweiter Rat sehr hart aus. „Sie werden voraussichtlich bis zum Sommer durchhalten müssen“, fasste er seine Prognose zusammen. Selbstständige müssten jetzt abwägen, bis wann sie durchhalten können und gegebenenfalls das Unternehmen auch abmelden.

Kampflos sollten sich die Unternehmer indessen nicht hingeben. Gegen die Schließungsverordnungen von Bund, Land und Kommunen lohne es sich zu klagen und das eigene Recht einzufordern, was wiederum Druck auf die Politik ausübe.

Klagen und das Unternehmen „abmelden“? „Ich habe das Gefühl ich muss jetzt platzen“, wurde ziemlich am Ende die Inhaberin eines Modegeschäfts aus Steinach deutlich. Wenn Geschäfte wie ihres schließen würde, „dann sind nur noch Amazon & Co übrig“. Sie vermisse schlicht die Unterstützung seitens der Bürgermeister. Der Lauschaer Rathauschef wiederum wollte betont wissen, dass zwar die Bürgermeister erste Ansprechpartner seien, „dies alles auch aufschreiben kann“, aber das sei es auch dann schon, was die Bürgermeister tun könnten, weil sie schlicht für viele Dinge nicht zuständig seien. Und ob ein Modellprojekt sehr viel ändern würde? „Fünf Tage mit wissenschaftlicher Begleitung werden kein Unternehmen retten“, sagte Zitzmann und räumte ein, dass die Möglichkeiten der kommunalen Ebene viel weniger seien, als das was Unternehmen brauchen.

Weitere Aktionen

Das Virus werde sich nicht an all dem halten meint Kommunalpolitiker Zitzmann. Man müsse lernen mit dem Virus zu leben und „das Beste daraus machen“. Eine Wiederkehr der Normalität davor werde es nicht geben, denn die Normalität danach werde eine andere sein. Hier hefe nur, sich auf die Situation einzustellen, anzupassen oder konkret: „Abstand halten, Maske aufsetzen und sich entsprechend verhalten.“ Blieb also am Ende nur der Rat des Kammergeschäftsführers zu klagen und das eigene Unternehmen zu schützen – auch mit einer Abmeldung. Aufgeben möchten die Selbstständigen nicht, wenigstens wurden einzelne deutlich. Eine ganze Reihe von Aktivitäten aus und neben der Händlerinitiative am Rennsteig listete Veranstaltungsmanager Jens Großmann auf, der in den vergangenen Wochen mit seiner Aktion „Gastfreundschaft ist Herzenssache auf die Situation des Mittelstandes aufmerksam gemacht hat. Eine ganze Reihe von Gesprächen habe es gegeben, mit gedämpften Hoffnungen, aber auch den Antrag der CDU-Fraktion „Neustart Tourismus“. Großmann rief die Anwesenden auf, sich nicht zu scheuen Mails oder Briefe an die große Politik, dem Ministerpräsidenten inklusive, zu schreiben. Und auch die Initiative „Alarmstufe Rot“, getragen von der Veranstaltungsbranche, plane eine große Kundgebung auf dem Domplatz der Landeshauptstadt, kündigte er an. Die Initiatoren der Mahnwache aus der Rennsteigregion wollen derweil nicht lockerlassen und planen am nächsten Samstag wieder ein Treffen, vorgesehen diesmal in Neuhaus am Rennweg.

## Mehr aus dem Web

Empfohlen von Taboola

### Wenn Sie über 30 sind, macht dieses Spiel süchtig. Keine Installation nötig

Taonga: Die Inselfarm

Jetzt Spielen

### Todesfall: Auf Flug kollabiert: CDU-Abgeordnete Karin Strenz gestorben - inSüdthüringen

### Genial: Neuer Verkehrswert-Rechner hilft Eigentümern beim Hausverkauf

Hausverkauf

### Zwangsprostitution: Razzia im Rotlicht - inSüdthüringen

### Eine FFP2 Maske, die alle anderen Masken schlägt

Mask24

### Thüringen: Umfrage: Linke in Thüringen bei 35 Prozent - AfD stürzt ab - inSüdthüringen

